

nern“ und Rivalen in Europa und Japan abgestimmt werden. Doch an der Linie „America First“ wird sich nichts ändern.

Auch bei der Innenpolitik werden wirkliche Veränderungen ausbleiben. Denn auch Joe Biden fordert keine allgemeine Krankenversicherung für alle Amerikaner, Trump sowieso nicht. Unter dem schwarzen Präsidenten Obama ist der Rassismus, gegen den nun Millionen wieder protestieren, nicht zurückgedrängt worden. Wieso sollte das unter Biden anders sein?

Tatsächlich steht Biden für eine Fortführung der Politik von Barack Obama, dessen Vizepräsident er war. Und die Bilanz dieser Amtszeit ist bitter: das US-Militär hat so viele Menschen illegal mit Drohnen hingerichtet wie nie zuvor. Zwischen 2007 und 2016 ist das

Vermögen von 99% der AmerikanerInnen um 4500\$ gesunken.

Der dritte Weg

Eindeutig – die amerikanische Gesellschaft ist stark polarisiert. Es gibt die Trump-Liebhaber und rechte Bürgerwehren. Es gibt diejenigen, die Biden hochhalten, oder die ihn als kleineres Übel ansehen. Vor allem Trump versucht die Stimmung stark aufzuheizen, indem er mehrfach erklärt hat, eine Niederlage bei der Wahl Anfang November nicht akzeptieren zu wollen.

Doch es gibt Hoffnung. So entstand in den letzten Jahren und Monaten eine neue, wachsende antikapitalistische Bewegung, die versucht, eine eigene Perspektive

zu entwickeln. Die insbesondere mit den Black-Lives-Matter für die Rechte der Schwarzen Menschen wichtige Schritte voran gemacht hat.

Eine Bewegung, die nicht nur an den Symptomen herumdoktoren will, sondern grundlegende ökonomische, politische, ökologische, antisexistische und anti-rassistische Gerechtigkeit fordert. In diesen Massenbewegungen, die sich in Stadtteilen, Betrieben und Schulen verankert liegt, und auch ihre Selbstverteidigung in die Hand nimmt, liegt die Hoffnung für wirkliche Veränderung in Amerika. Und sie verdient unsere Unterstützung und Aufmerksamkeit auch hier in Deutschland und nicht das Schattenboxen zwischen Multi-Millionären.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

[fb.com/PerspektiveOnline](https://www.facebook.com/PerspektiveOnline)
t.me/perspektiveonline
[instagr.am/perspektiveonline](https://www.instagram.com/perspektiveonline)

Vi.S.d.P.:

Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 0151 75803785 einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf's Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ perspektive-online.net/abo/
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. info@perspektive-online.net
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ perspektive-online.net/verein/
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. perspektive-online.net/spenden/

Bilder 1-3: Pixabay.de - CCO

PERSPEKTIVE»

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Es gibt keine deutsche Einheit!

– Von Julius Strupp –

30 Jahre ist die Osterweiterung der Bundesrepublik Deutschland nun her. Das Ende der DDR war besiegelt. Besser geht es uns deshalb noch lange nicht. Und von einer „Deutschen Einheit“ zu sprechen ist umso verlogener.

Ein historischer Sieg

Im November 1989 fiel die Mauer in Berlin. Ein Jahr später war die DDR Geschichte. Die BRD ging im Kalten Krieg als Sie-

ger auf dem Schlachtfeld Deutschland hervor.

Doch das Leben der einfachen Menschen, der ArbeiterInnen in Ostdeutschland, war von Anfang an nicht von Belang für die westdeutschen Kapitalisten, die sich mit Eifer daran machten, ihr Land zu verscherbeln.

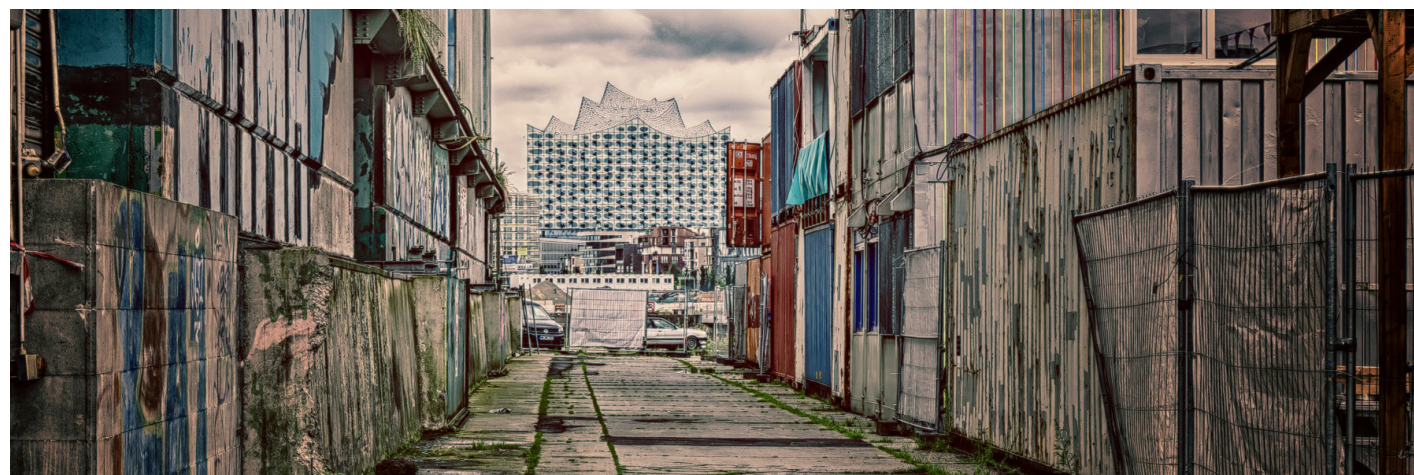
Die BRD hatte einen angeblichen „Systemkampf“ gewonnen. Man war wieder wer in der Welt. Dass durch die Treuhänder und die Abwicklung ostdeutscher Betriebe tausende Existenzen zerstört wur-

den, sollte im nationalistischen Taumel untergehen.

Die große Party fällt aus – Der Frust der Ostdeutschen bleibt

Die geplante große Party dieses Jubiläums in Potsdam fällt aufgrund der Corona-Pandemie aus. Dennoch strengt sich die Bundesregierung an, ihre Erzählung von der großen „Wiedervereinigung“, der „friedlichen Revolution“ zu vermitteln. In den Vordergrund





wird dabei vor allem der Aspekt der „Freiheit“ gestellt, die viele Ostdeutsche nun hätten.

Und natürlich: Viele Menschen in den „neuen Bundesländern“ freuen sich über Reise- und Meinungsfreiheit. Doch was nützt die Freiheit, nach Hawaii zu fliegen wenn das Geld nicht einmal für die immer teurer werdenden Tickets im öffentlichen Nahverkehr reicht?

Im Osten herrscht unter vielen Menschen vor allem ein Gefühl des Abgehängtseins und der Perspektivlosigkeit. Große Betriebe wurden durch die Treuhand eingestampft. Die Großstädte schrumpften drastisch zusammen.

Aus Teilen Ostdeutschlands ziehen vor allem Jugendliche weg. Noch immer sind die Ausbildungschancen bedeutend schlechter. Die Jugendarbeitslosen- wie auch die allgemeine Arbeitslosenquote fallen im Osten traditionell schlechter aus als im bundesweiten Durchschnitt.

Abgehängte Regionen, aus denen sich die Kapitalisten zurückziehen und somit den dort lebenden Menschen die Zukunftsperspektive rauben, gibt es jedoch längst nicht nur in Ostdeutschland. Das Ruhrgebiet und Teile von Niedersachsen gehören zu den ärmsten Regionen in diesem Land.

Deutschland bleibt gespalten – in Klassen

Bleibt die Frage: Wie sieht die gesamtdeutsche Realität aus? Was für ein Deutschland ist die Bundesrepublik seit der Annektion der DDR geworden? Sehen wir von den bürgerlich-demokratischen Rechten ab, die die BürgerInnen im Osten nun auf dem Papier haben, können wir zunächst erkennen, dass sie vor allem ein aggressiveres Deutschland ist.

Auf der Weltbühne tritt man wieder deutlich selbstbewusster und militaristischer auf. Im letzten Jahr wurde in keinem Land so sehr aufgerüstet wie in der BRD. Der Krieg im Kosovo war der erste Angriffskrieg, der seit dem zweiten Weltkrieg von deutschem Boden aus geführt wurde.

Außerdem werden überall auf der Welt Konflikte mit deutschen Rüstungsgütern ausgefochten. Einer der größten Nutznießer deutscher Waffenbaukunst ist dabei der faschistische Machthaber der Türkei Erdoğan, der seit Jahren einen Krieg gegen das kurdische Volk und seine Befreiungsbewegung führt.

Die BRD ist zudem ein Land, in dem die Entstehung rechter Ter-

rornetzwerke in den Reihen staatlicher Behörden gefördert wird. Und das nicht erst seit der Mordserie des NSU, deren Aufklärung seit dem Auffliegen der Terrorzelle von Polizei, Verfassungsschutz und Gerichten verhindert wird. Doch der NSU war kein Einzelfall. Neben Morden und Massakern in Kassel, Halle und Hanau fliegen fast täglich neue faschistische Chatgruppen in den Reihen von Polizei und Bundeswehr auf, in denen sich auf den „Rassenkrieg“ vorbereitet wurde – auch durch Bewaffnung.

Mag sein, dass es seit dreißig Jahren nur noch einen deutschen Staat gibt. Aber eine echte Einheit gibt es deswegen noch lange nicht. Ganz im Gegenteil. Das Land ist tief gespalten und zwar in arm und reich. Diese Grenze verläuft nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen Klassen. Während drei Familien mehr als hundert Milliarden Euro besitzen, sollen hunderttausende ArbeiterInnen, die dieses Geld erwirtschaftet haben, nun in der Krise aufs Pflaster fliegen.

Uns kann es dreißig Jahre nach der „Deutschen Einheit“ nur darum gehen, diesen Zuständen den Kampf anzusagen, damit wir zukünftig in einem solidarischen, friedlichen und gerechten Deutschland leben können.

Trump oder Biden – oder wer wird die USA zum Guten verändern?

– Von Tim Losowski –

Am 3. November findet in den USA die Präsidentschaftswahl statt. Schon jetzt gibt es auch in Deutschland täglich umfangreiche Artikel zum US-Wahlkampf. Dabei wird die Wahl zwischen Donald Trump und dem „Demokraten“ Joe Biden zur „Schicksalswahl“ hochstilisiert. Doch was unterscheiden die beiden? Und wer wird die USA in Richtung einer gerechteren Gesellschaft verändern?

Der amerikanische Präsident gilt als der „mächtigste Mann der Welt“. Doch bisher hat noch jeder amerikanische Präsident seine wesentlichen Entscheidungen auf Grundlage der Interessen der großen Banken und Konzerne getroffen. Tatsächlich liegt dort die wahre Macht.

Milliardäre in der Staatsspitze

Die Staatsführung und die Milliardäre und Großunternehmen

sind dabei stark verflochten. So gehört der Donald Trump mit rund 4 Milliarden Dollar Vermögen selbst zu einem der reichsten Menschen der USA. In seiner Amtszeit hat er den amerikanischen Kapitalisten bereits das Geschenk gemacht, die Unternehmenssteuer von 35% auf 21% zu reduzieren.

Ganz offen wurde seine Kampagne von den Koch-Brüdern einer der reichsten Familie Amerikas unterstützt. Auch Multimilliardäre wie Sheldon Adelson, Carl Icahn oder Peter Thiel stehen Trump mit Spenden und politischen Verbindungen zur Seite.

Doch sieht es bei Joe Biden, der für die „Demokratische Partei“ Antritt besser aus? Natürlich ist auch Biden selbst Multimillionär – und umgibt sich mit seinesgleichen. Unter seinen Topspendern wird schon diskutiert, wer mögliche Posten unter einer Biden bekommen könnte.

Hier wurde mehrfach Laurant Fink als Finanzminister ins Spiel gebracht. Er ist Chef des größten Vermögensverwalters der Welt,

BlackRock, das einflussreichste Finanzunternehmen heute. Dass unter seiner Führung Politik für die breite Bevölkerung gemacht wird ist nicht wahrscheinlich.

Die wichtigsten Pfeiler bleiben gleich

Tatsächlich werden die Politik sehr ähnlich bleiben – ob nun Trump oder Biden Präsident ist. Denn die USA sind international vor allem gegenüber China auf dem absteigenden Ast. Beide werden eine aggressive Vertretung der US-Konzerninteressen durchsetzen.

Dafür werden beide das amerikanische Militär weiter aufrüsten – wie derzeit mit 732 Milliarden Dollar jährlich – soviel wie in keinem anderen Land der Welt.

Biden das „kleinere Übel“?

Natürlich kann es sein, dass unter Biden die internationale Politik etwas mehr mit den „Part-

